Der Vorsitzende erteilte Herrn Doğan das Wort. Herr Doğan berichtete, dass das integrierte Sozialkonzept (ISK) auf dem Stand von April 2017 sei. Mittlerweile sei das Aufkommen der Menschen mit Fluchtbiografie zurückgegangen und auch das Problem der Unterbringung habe sich entschärft. Durch die Anrechnung der Zentralen Unterbringungseinrichtung des Landes gäbe es keine neuen Zuweisungen. Die aktuelle Situation der Unterbringung könne man der Tischvorlage entnehmen. (Diese Tischvorlage ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.) Einige der im ISK genannten Punkte seien mittlerweile nicht mehr aktuell.

Die Integration der Menschen mit Migrationshintergrund sei eines der Kernthemen des Konzeptes. Um die Integration zu erreichen sei u.a. die Nachbesetzung der Stelle in der Migrantenberatung, die Benennung eines Koordinators für ehrenamtlich engagierte Menschen, die Ausschreibung der Stellen für zwei Sozialarbeiter, sowie die Einstellung eines Sozialplaners resp. Stabstellenleiters notwendig. Die Stabstelle Integration sei Herrn Doğan direkt zugeordnet. Deren Einrichtung wurde bereits im Verwaltungsvorstand beschlossen und auch die notwendigen politischen Beschlüsse lägen vor, so dass die Realisierung des Vorhabens zeitnah anstünde. Die Stabstelle Wohnen und Asyl solle sich weiterhin mit der Unterbringung von Menschen mit Migrationshintergrund befassen. Man wolle das Thema Integration jedoch entkoppeln und der neuen Stabstelle Integration zuweisen.

Herr Montexier fragte wann mit der Fortschreibung des ISK zu rechnen sei. Herr Doğan antwortete, dass die Fortschreibung des Sozialkonzeptes als solches nicht geplant sei. Vielmehr wolle man einzelne Aspekte, wie zum Beispiel die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund auf dem Arbeitsmarkt, angehen. Herr Doğan sagte zu, dass Fragen zu den einzelnen Punkten des ISK unter Berücksichtigung der aktuellsten Entwicklungen beantwortet werden könnten.

Herr Bamberg bedankte sich für die Ausführungen von Herrn Doğan. Vonseiten des Integrationsrates wünsche man sich eine Aufstockung der personellen Ressourcen. In Anlehnung an die Verfahrensweisen bei anderen Integrationsräten schlug Herr Bamberg vor, einen Bericht über die aktuelle Situation der Flüchtlinge als Standard-TOP in jede Sitzung des Integrationsrates der Stadt Sankt Augustin aufzunehmen. Herr Doğan sagte die Realisierung dieses Wunsches für die kommenden Sitzungen zu. Man wolle die Integrationsratmitglieder umfassend mit den gewünschten Daten und Fakten versorgen.

Herr Bamberg erkundigte sich, ob die Qualität der Betreuung der Flüchtlinge zwischen den Stadtteilen noch immer differenziere. Herr Tielke ergriff das Wort; es gäbe sehr wohl Unterschiede in der Betreuung. Beispielsweise seien in Hangelar (Richthofenstraße) sehr engagierte Ehrenamtler aktiv. Das Betreuungsangebot und das Engagement sei hauptsächlich durch die Familienkonstellationen der Flüchtlinge bedingt. Familien mit Kindern fänden viele ehrenamtliche Helfer, bei männlichen Einzelpersonen sei es schwierig Integrationshelfer zu finden. Außerdem müsse man die örtliche Entfernung der Ehrenamtler zu der potenziellen Zielgruppe berücksichtigen. Die Korrespondenz zwischen den beiden Gruppen sei am einfachsten, wenn beide in einem Stadtteil leben.

Herr Tielke berichtete, dass die aktuelle Unterbringungssituation entspannt sei. In den Wintermonaten benötige man Unterbringungsmöglichkeiten für männliche Einzelpersonen, da erfahrungsgemäß viele Obdachlose untergebracht werden

müssen. Durch die dünne Belegung sei es vorerst möglich die Menschen in Einzelzimmern unterzubringen.

Herr Haacke begrüßte die Einrichtung der Stabstelle und erkundigte sich wann die Einrichtung erfolgen solle. Herr Doğan antwortete, dass man bis zum Frühjahr 2018 den Sozialplaner einstellen und in Zusammenarbeit mit dieser Person die anderen vakanten Stellen besetzen wolle. Aufgrund der angespannten Situation auf dem Arbeitsmarkt könne man keinen genauen Startzeitpunkt für die Stabstelle festlegen, man versuche diese im Sommer 2018 einzurichten.

Außerdem erkundigte sich Herr Haacke nach einer Möglichkeit die vorhandenen Einrichtungen mit einer hohen Belegungszahl zu entlasten. Herr Tielke antwortete, dass eine Entlastung der Einrichtungen nicht möglich sei. Der Grund dafür sei die Bauweise. Die Menschen bevorzugten Unterkünfte, in denen es abgeschlossene Wohnungen gebe. Problematisch sei in diesem Zusammenhang, dass einige Bewohner der städtischen Unterbringungseinrichtungen seit vielen Jahren dort lebten. Deswegen könne man die Einrichtungen nicht vollumfänglich für Flüchtlinge nutzen. Durch die neue Unterbringungssatzung versuche man den Menschen ihr Dauerwohnrecht zu entziehen, indem man die Nutzungsgebühren der städtischen Unterkünfte flächendeckend anhebe. Generell sei die Situation der Unterbringung aber gut. Herr Parpart ergänzte, dass die Verwaltung derzeit an einem Konzept für die Beschaffung von bezahlbarem Wohnraum arbeite. Alle involvierten Fachbereiche seien der Meinung, dass die beste Form der Integration die Anmietung von eigenem Wohnraum sei. Man arbeite daran den sozialen Wohnungsbau zu fördern. Allerdings sei es sehr schwierig Neubauten zu günstigen Konditionen bereitzustellen, da besonders der Brandschutz einen hohen Standard der Bausubstanz erfordere.

Frau Grünewald erkundigte sich nach der aktuellen Situation in der Zentralen Unterbringungseinrichtung (ZUE). Sie habe darüber Kenntnis erlangt, dass es in der Einrichtung häufig zu Problemen komme, die auch die Anwohner unmittelbar betreffen. Daraufhin berichtete Herr Doğan vom Runden Tisch, an dem alle am Thema ZUE Beteiligten zusammensitzen. Man habe bei der letzten Sitzung erstmalig einen Vertreter der Nachbarschaft zu diesen Sitzungen eingeladen. Der Vertreter der Nachbarschaft hatte Fragen und Anliegen aus der Nachbarschaft vorbereitet. Diese habe man in der Sitzung zufriedenstellend geklärt und Unwahrheiten korrigiert. Der Runde Tisch solle zukünftig alle sechs Wochen stattfinden. Für weitere Fragen könne ggfs. zu einer der nächsten Integrationsratssitzungen der zuständige Umfeld-Manager der ZUE eingeladen werden. Zur aktuellen Situation führte Herr Doğan aus, dass mit der Schließung der Einrichtung vorerst nicht zu rechnen sei. Herr Tielke ergänzte, dass auch in der ZUE die Belegung sehr stark zurückgegangen sei.

Herr Montexier fragte nach der Finanzierung der Einrichtungen und in welchem Maße die Kommunen mit der Unterbringung und der Integration der Flüchtlinge finanziell belastet werden. Herr Doğan führte aus, dass man 2016 durch die Refinanzierung von Bund und Land eine Kostendeckung erzielte. Herr Tielke ergänzte, dass man im Jahr 2015 eine Unterdeckung erwirtschaftete, diese aber aufgrund der moderaten Zuwanderungszahlen von der Kommune kompensiert werden könne. Durch den rasanten Anstieg der Zuwanderungszahlen Ende 2015 konnte die Unterdeckung nicht mehr kompensiert werden. Es erfolgte eine stichtagsbezogene Erstattung, bei der jeder Flüchtling, der sich am 31.12.2015 im Stadtgebiet befand für das ganze Jahr 2016 angerechnet wurde. Außerdem seien

alle Kosten der Notunterkunft, welche von November 2015 – Dezember 2016 von der Stadt Sankt Augustin unterhalten wurde, vollumfänglich erstattet worden. Seit 2017 werde jeder Monat spitzabgerechnet. Hier beziehe die Stadt für jeden Flüchtling, der sich noch im Verfahren befindet, also noch nicht anerkannt oder abgelehnt worden ist, ca. 800,00 € monatlich. Aus dieser Zielgruppe lebten aktuell 244 Personen im Stadtgebiet. Diese Pauschalzahlung sei nach seiner Einschätzung wahrscheinlich kostendeckend. Allerdings gäbe es 64 Flüchtlinge, die den Status einer Duldung haben und 111 obdachlose Flüchtlinge, für die es keine Zuschüsse gebe. Abschließend ergänzte Herr Doğan, dass man keine konkreten Prognosen zur Kostendeckung treffen könne.

Außerdem wollte Herr Montexier wissen, auf welchem Stand die Planung der städtischen Kindertagesstätten (KITAS) sei und ob genügend Plätze zur Verfügung stünden, um den gestiegenen Bedarf durch den Familiennachzug zu decken. Herr Doğan führte aus, dass im Bereich der KITA Plätze eine Unterdeckung herrsche. Seit Jahren arbeite man an einem Konzept zur Bedarfsdeckung und betreue in diesem Zusammenhang laufende Bauprojekte und suche Standorte für neue KITAS. In zwei bis drei Jahren könne man die Bedarfsdeckung erreichen, wenn sich alle in der Planung befindlichen Bauprojekte realisiert haben. Allerdings sei die Aufstockung der Kapazitäten im KITA Bereich ein normaler und erforderlicher Bestandteil in der Stadtentwicklung, der dem demografischen Wandel geschuldet sei. Dies geschehe unabhängig von dem Zuzug der Menschen mit Migrationshintergrund. Was die Kosten der beiden Projekte, sprich der Unterbringung von Flüchtlingen und den KITA Bau betreffe, so könne man noch keine Entwicklung voraussagen.

Herr Pasaportis schilderte die Schwierigkeiten geeigneten Wohnraum für Flüchtlinge zu finden. Er erkundigte sich nach Möglichkeiten die Wohnungssuche bzw. Wohnungsvermittlung seitens der Stadt zu unterstützen. Darauf antwortete Herr Doğan, dass dieses Problem schon lange bekannt sei. In Deutschland bestehe Vertragsfreiheit, deswegen könne man als kommunale Behörde nicht intervenieren. Herr Parpart ergänzte, dass die Chancen auf Wohnraumvermittlung für Menschen mit Migrationshintergrund dann steigen würden, wenn ein ehrenamtlicher Betreuer den Flüchtling in diesem Prozess begleite. Problematisch sei die Wohnraumzuweisungsverordnung. In den größeren Städten herrsche Wohnraumangel, in den ländlichen Kommunen stünde viel potenzieller Wohnraum leer. Eine bedarfsgerechte Verteilung und eine erfolgreiche Vermittlung in Wohnraum sei sehr schwierig.

Herr Lienesch fragte wie viele Dublin Flüchtlinge derzeit noch in der ZUE leben. Herr Tielke antwortete, dass in der ZUE 60 Personen leben. Die Zahl der Dublin Flüchtlinge sei nicht bekannt, diese spiele bei einer derart dünnen Belegung der ZUE ohnehin eine untergeordnete Rolle.

Herr Lienesch verwies auf die Tischvorlage, dort sei das Hotel Regina als Notunterkunft erwähnt. Herr Parpart korrigierte, dass es sich um einen Druckfehler handle. Das Hotel Regina habe keinen Einfluss mehr auf die Belegungszahlen.

Frau Parashan Tabah erkundigte sich nach einer Möglichkeit die Wohnraumzuweisungsverordnung zu umgehen. Herr Doğan antwortete, dass die Wohnraumzuweisung aufgehoben werden könne, wenn ein Flüchtling in Arbeit sei.

Herr Krämer ergriff das Wort, es sei Aufgabe des Fachbereiches 4, die Menschen mit Migrationshintergrund in Wohnungen unterzubringen. Der Fachbereich 5, Kinder Jugend und Schule, verstehe es als seine Aufgabe die Familien mit ihren Kindern in das vorhandene Bildungskonzept zu integrieren. Seitens des Fachbereiches Kinder Jugend und Schule wolle man etwas zu der konkreten Umsetzung des ISK vortragen. Dazu gab er ab an Frau Mylius, Koordinatorin der frühen Hilfen und Kinder mit Fluchterfahrung von 0 – 18 Jahren. Es sei gelungen alle Kinder mit Fluchterfahrung in einem Kindergarten unterzubringen. Eltern mit Migrationshintergrund nähmen ungern das Angebot der Tagespflege für Ihre Kinder an. Dies sei durch die strukturellen Unterschiede in der Erziehung bedingt. In der Schule habe man jedes Kind der Qualifikation entsprechend angemeldet. Schwierig gestalte sich die Integration von Seiteneinsteigern, die beispielsweise durch Zuzug nach Deutschland gekommen seien. Manche Klassen seien bei der Ankunft des Seiteneinsteigers bereits voll. Bisher habe man in diesen Fällen aber eine Lösung gefunden, den betroffenen Schülern einen Schulplatz zu generieren.

Herr Krämer ergänzte, dass die Divergenz zwischen Zuzug und dem Ausbau der Infrastruktur weitere Schwierigkeiten mit sich bringe. Die Systeme seien träge und es mangle an Fachkräften. Zu Anfang habe man versucht die Menschen unterzubringen, dann wurden die Kinder auf die Schulen im Stadtgebiet verteilt. Nun stehe man vor der Herausforderung die Menschen in (Ausbildungs-) Berufe zu vermitteln.

Herr Bamberg berichtete, dass KITA Plätze zwar im Stadtgebiet vorhanden seien, allerdings nicht vor Ort. Häufig seien Transporte der Kinder zu der entsprechenden KITA nötig. Man habe den Wunsch den Flüchtlingsfamilien den weiten Weg zu ersparen. Herr Tielke erläuterte, dass sich die weiten Wege zur KITA und Schule auch daraus ergeben, dass die Familien nur bedingt zum Umzug bereit seien und lieber weitere Strecken auf sich nähmen.

Herr Willenberg erkundigte sich nach dem Verhältnis zwischen Kindern mit Fluchterfahrung und deutschen Kindern. Er wolle wissen, ob es zwischen diesen beiden Gruppen Spannungen gebe. Frau Mylius führte aus, dass es im Kindergarten keine Spannungen gebe, da alle Kinder, unabhängig von der Sprache, miteinander spielen. Was die Situation in den Schulen anbelange, verweise sie auf die Schulsozialarbeiter oder die Schulleitungen. Es seien keine Zwischenfälle bekannt.

Herr Doğan verwies in diesem Zusammenhang auf die Wichtigkeit der Schulsozialarbeiter. Diese seien derzeit noch vom Bund finanziert. Im Jahre 2018 laufe diese Finanzierung aus. Man stehe nun vor der Herausforderung diese Schulsozialarbeiter auch mit Ablauf der Bundesfinanzierung zu halten.

Herr Montexier berichtete, dass er bereits vor Beginn der Zuwanderungswelle empfohlen habe, Hotels anzumieten. Er äußerte seinen Unmut darüber, dass man damals belustigt auf seinen Vorschlag reagiert habe. Zur Vorbereitung auf eine neue Zuwanderungswelle bittet er die Stadt Sankt Augustin Rückstellungen für diesen Zweck zu bilden. Außerdem müsse man für die Infrastruktur Rückstellungen bilden. Herr Doğan antwortet, dass man im ständigen Austausch mit der Kämmerei der Stadt Sankt Augustin stehe. Sofern es möglich sei, plane man finanzielle Puffer ein, um auf unvorhersehbare Situationen reagieren zu können. Je mehr man jetzt in die

Integration investiere, desto eher könne man in der Zukunft von den Zuwanderern profitieren.